

Das Dilemma der Melliker

Auf keinen Fall wollen die Einwohner Mellikons mit der Fusionsabstimmung eine Spaltung der Dorfgemeinschaft riskieren und doch zeigt sich, dass die Meinungen im Fall der Fusions-Frage auseinanderklaffen. Von Gegnern wird insbesondere die kurz vor Schluss ins Spiel gebrachte Minimalvariante «4+1» kritisiert.

MELLIKON (tf) – Der Melliker Gemeinderat hat am Mittwochabend sachlich und nüchtern dargelegt, warum er eine Empfehlung zur Ablehnung des Zusammenschlussvertrags abgegeben hat. Es wurde augenfällig, dass es dem Gemeinderat nicht primär um einzelne Elemente des Zusammenschlussvertrags geht, sondern viel allgemeiner um ein grundsätzliches Struktur-Problem des gesamten Prozesses. So wurde argumentiert, dass man seit der Genehmigung des Kredits im April 2017 einen Zusammenschluss von zehn Gemeinden intensiv geprüft habe. Involviert gewesen seien über 300 Personen in Projektleitung, Facharbeitsgruppen und Echo-Gruppen. Im Hinblick auf einen Zusammenschluss aller zehn Gemeinden habe man auch entsprechende Varianten errechnet und Grundlagen-Dokumente erstellt. Problematisch sei deshalb, dass man nun am 23. Mai gar nicht abstimme über einen Zusammenschluss aller zehn Gemeinden, sondern über einen Zusammenschluss einer nicht definierten Zahl an Gemeinden im «Rheintal+». Zwar könnten das theoretisch zehn Gemeinden sein, es könnten aber auch viel weniger sein. Es sei lediglich festgelegt worden, dass es mindestens vier Gemeinden und die Gemeinde Bad Zurzach sein müssten.

Nach Ansicht des Gemeinderats Mellikon passen somit die Grundlagen-Dokumente und die Abstimmungsvorlage nicht überein. Treffend auf den Punkt brachte es Gemeinderat Lukas Böhler: «Man kann das Volk nicht fragen: «Wollt ihr irgendetwas oder irgendetwas?» Es muss wissen, auf was es sich einlässt mit einem «Ja», respektive für was es allenfalls eine Absage erteilt.»

Kritik am Vorgehen

Diese Ansicht teilte eine beträchtliche Zahl der vielen Anwesenden im Saal. So wurde betont, dass es erstaunlich sei, dass man monatelang gearbeitet habe in den Facharbeitsgruppen und sich dann im letzten Moment so vieles noch änderte. An der Informationsveranstaltung im Januar 2019 seien die Ergebnisse des Schlussberichts präsentiert worden und in den Wochen seither, so der Eindruck, sei nochmals extrem viel passiert. Diesmal aber ohne, dass die Bevölkerung involviert worden wäre. Eine Votantin wollte vor diesem Hintergrund wissen, wie die Variante «4+1» überhaupt ins Spiel gekommen sei. Antwort gab Andi Meier, anwesender Fachbeirat der Projektleitung: Man habe sich in der Projektleitung schon früh mit der Frage beschäftigt, was passiere, wenn eine der zehn Gemeinden Nein sage und sich fragt, ob dann eine ablehnende Gemeinde das ganze Projekt zu Fall bringe. Der eigentliche Input für die Variante «4+1» sei von Seiten Kanton gekommen. Man habe die Variante aber auch schon vorher diskutiert.

Mehrere Einwohner bekräftigten, dass aber doch damit im Laufe des Spiels die Spielregeln nochmals verändert worden seien. Das sei nicht in Ordnung und vor allem nicht transparent. Und: Die Berechnungen zu den verschiedenen, neu denkbaren Szenarien und Kombinationen – theoretisch sind unzählige möglich – lägen nicht vor. Diese Ansicht teilte der Gemeinderat. Er erklärte, dass nur das Modell einer Fusion aller zehn Gemeinden durchgerechnet worden sei. «Das gewählte Vorgehen schafft Unsicherheit und Unklarheit.» Eine Einsprecherin ergänzte: Bevor die Variante «4+1» ins

Spiel gekommen sei, habe man gewusst, bei einem Nein bleibe alles beim Alten. Das sei neu nicht mehr der Fall. Bei einem Nein stehe man vor einer sehr ungewissen Zukunft mit vielen Unbekannten.

Hier klinkte sich eine weitere Person ein. Wie denn das sei mit den Verbänden, zu denen Mellikon heute gehöre. Habe man nach einem Nein plötzlich keine Schule und keine Verwaltung mehr? Die Antwort war eindeutig: Wenn Mellikon als einzige Gemeinde der Verwaltung 2000-Gemeinden ablehne, dann löse sich der Verband auf und Mellikon müsse den Vertrag für eine Verwaltung mit der Grossgemeinde Zurzach neu aushandeln. Ähnlich sehe das vermutlich auch bei der Schule aus. Wobei auch gesagt wurde, dass die Verträge im Detail angeschaut werden müssten, um eine ganz präzise Aussage machen zu können. Offenbar ist auch die Gesetzeslage so, dass sie Interpretationsspielraum offenlässt.

Für ein Mellikon als Teil eines grossen Ganzen

Diese Bemerkungen zur Situation nach einem Nein waren eine Steilvorlage für die Befürwortenden einer Fusion. Für sie steht fest: «Wenn wir jetzt Nein sagen, dann stellen wir uns aufs Abstellgleis. Danach bestimmen andere über uns.» Sie zeigten sich erstaunt über die ablehnende Empfehlung seitens des Gemeinderats. Die Arbeiten in den Arbeitsgruppen hätten gezeigt, dass eine Fusion beträchtliche Chancen mit sich bringe. Durchs Band sei eine Fusion in den Berichten empfohlen worden. «Wieso sagt unser Gemeinderat da jetzt Nein?» Der Gemeinderat erwiderte, dass die Diskussion in den Arbeitsgruppen zum Teil einseitig geführt worden seien und dass man in der



Rolf Laube informiert am Mittwochabend zur Haltung des Melliker Gemeinderats in Sachen Zusammenschluss Rheintal+.

Vernehmlassung zum Zusammenschlussvertrag nicht gehört worden sei mit den Melliker Anliegen.

Zuhörer aber insistierten, es fehle ihnen an konkreten Aussagen zur Dorfentwicklung ohne Fusion. Was für einen Plan B der Gemeinderat habe, wollte ein Einwohner wissen. Die Antwort blieb aus. Es blieb beim Hinweis darauf, dass man den Zusammenschlussvertrag analysiert habe und sich dazu eine Meinung gebildet habe. Für die Entwicklung von alternativen Szenarien habe die Zeit gefehlt. «Vor allem müssten wir ja ganz viele Pläne haben. Plan B, C, D und E.»

«Ich wäre stolz, ein Teil von Zurzi zu sein»

Die Befürworter einer Fusion erwiderten, dass es doch illusorisch sei, sich notwendige Dienstleistungen nachher einfach bei der neuen Gemeinde einkaufen zu können. Besonders zu den finanziellen Auswirkungen eines Alleingangs hätten sie gerne mehr wissen wollen. Zwar waren für den Abend auf Folien die Finanzpläne 2017 in zwei Szenarien nebeneinandergelegt worden, überzeugend fand dies das Publikum aber nur bedingt. Ihnen fehlten die Annahmen für die Zukunft. «Wir

verlieren, wenn wir uns zusammenschliessen, wir verlieren aber noch mehr, wenn wir uns nicht zusammenschliessen.» Einer Mellikerin war das zu schwarz gemalt: «Ich bin viel in Bad Zurzach und eng verbunden mit dem Ort. Ich wäre stolz, ein Teil von Zurzi zu sein und bleibe trotzdem eine Mellikerin.»

Nach über drei Stunden Diskussion wurde die Debatte in Mellikon beendet. Die Zuhörer gingen mit einem mulmigen Gefühl aus der Mehrzweckhalle. Die Versammlung hatte Antworten geliefert, aber auch etliche neue Fragen aufgeworfen. Ein Alleingang garantiert auch in Zukunft Autonomie und demokratische Rechte, dafür ist er ein Wagnis mit vielen Unsicherheiten. Ein Zusammenschluss bringt wertvolle Synergien und stärkt die Qualität der Milizbehörden, dafür lässt man sich unter Umständen auf eine Partnerschaft ein, deren Eckpunkte zu wenig gut bekannt sind. Für ein Schmunzeln sorgte Rolf Laubes Bemerkung: «Es wäre vielleicht schön, wenn wir am 23. Mai keinen definitiven Entscheid fällen, dann gewinnen wir im Hinblick auf eine allfällige Urnenabstimmung etwas Zeit und können dann besser abschätzen, wie das neue Konstrukt aussieht.»

Mehrheitlich ablehnende Voten zur Fusion

Die Informationsveranstaltung im Schulhaus «Chilewis» hat untermauert, dass der Fisibacher Gemeinderat mit seiner Empfehlung für ein Nein zum Zusammenschluss für viele Einwohner spricht. Eine Minderheit zweifelt daran, dass ein Alleingang Fisibachs der richtige Weg ist.

FISIBACH (tf) – Eine ausführliche Bewertung zu den einzelnen Elementen des Zusammenschlussvertrags hatte der Fisibacher Gemeinderat bereits im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 7. Februar vorgenommen. Zwar lag die definitive Fassung des Zusammenschlussvertrags zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor, eine erste Fassung des Vertrags hatte der Gemeinderat aber bereits zu Gesicht bekommen. Es liess sich folglich einigermassen abschätzen, wie der künftige Vertrag aussehen würde. Das Urteil des Gemeinderats war vernichtend, nur im Bereich «Behörden und Verwaltung» und «Bauverwaltung und BNO» sah er Vorteile bei einem Zusammenschluss. Am schlechtesten fiel das Fazit für den Bereich «Kultur, Freizeit, Jugend, Alter» aus. Mit Ausnahme des Namens – Fisibach (Zurzach) anstelle von Fisibach – sah er nur Nachteile. Keine Vorteile für die Jugend- und Alterspolitik, keinen kulturellen Mehrwert und die Badi und den Dorfsportplatz sah er in einer neuen Gemeinde als gefährdet.

Neben dem Bereich «Kultur, Freizeit, Jugend, Alter» erhielt vor allem der Bereich «Schulwesen» ein klares, einstimmiges Nein. Der Gemeinderat ging am 7. Februar noch davon aus, dass den Gemeinden Fisibach und Kaiserstuhl das gewünschte Vetorecht nicht gewährt würde. Dies kam jedoch anders als erwartet, das Vetorecht wurde gewährt, der Gemeinderat nahm folglich eine Korrektur

an seiner ursprünglichen Bewertung vor. Von «ablehnend» wurde seine Haltung auf «neutral» verschoben. Weil der Gemeinderat aber nur diesen Punkt anpasste und das Gesamtfaizit ein Nein blieb, sah der Gemeinderat keinen Bedarf für eine weitere Informationsveranstaltung und lud stattdessen zur «Sprechstunde» ins Restaurant Bären. Nachdem ein gutes Dutzend Einwohner Unterschriften sammelte für eine weitere Informationsveranstaltung, entschied der Gemeinderat, doch noch einmal eine Informationsveranstaltung durchzuführen.

Trotz Vetorecht mit «neutral» bewertet

Diskutiert wurden an diesem Abend vor allem die Fragen des Wassers und Abwassers und die mit der Lehmgrube verbundenen Hoffnungen. Kurz war auch von der Schule die Rede, ausserdem kamen die unterschiedlichen Einschätzungen von Gemeinderat und Fisibacher Facharbeitsgruppenmitgliedern zur Sprache. Insgesamt, das war aber gut zu spüren, teilte die Mehrheit der anwesenden Personen die Einschätzungen des Gemeinderats.

Gemeindeamann Roger Berglas schilderte, warum der Gemeinderat, obwohl im Vertrag ein Vetorecht für die Schule gewährt worden sei, trotzdem nur ein «neutral» eingetragen habe. Er begründete es mit der Art und Weise wie der Entscheid zustande gekommen sei. In der ersten von der Projektleitung verabschiedeten Fassung sei das Vetorecht nämlich noch nicht verankert gewesen, man habe Fisibach und Kaiserstuhl lediglich anhören wollen vor einer allfälligen Vertragskündigung. Erst nachdem der Kanton gesagt habe, diese Formulierung sei nicht möglich und das Vetorecht eigentlich nahegelegt habe, hätten die anderen Gemeindeamänner eingelenkt. Das, so Berglas, sei nicht besonders vertrauensbildend gewesen. Zudem befürchtet der Gemeinderat nach wie vor, dass mit einer Schulpflege der Grossge-

meinde Zurzach, die nicht wirklich hinter der Sonderlösung von Fisibach und Kaiserstuhl mit dem Kanton Zürich stehe, der tägliche Umgang im Schulalltag problematisch werden könnte. Zwar wendete ein Einwohner ein, dass man doch nun das immer geforderte Vetorecht erhalten habe und daher bei der Schule ein Ja aufblincken müsste, es blieb aber bei dieser Einzelmeldung. Und der Gemeinderat blieb bei seinem Neutral.

Lange Diskussion über Wasser/Abwasser

Es wurde nachgefragt, warum der Gemeinderat in manchen Punkten im Feld «Entwicklung, Raumplanung, ÖV» nicht die gleichen positiven Ergebnisse und Chancen sehe wie die Arbeitsgruppe. So sei doch in der Zusammenarbeit mit dem Zürcher Unterland Potenzial erkannt worden und keine Ablehnung spürbar gewesen. Das sah der Gemeinderat anders. Regelmässig spüre man, dass die spezifische Fisibacher Situation mit seiner Nähe zu Zürich, nicht von allen getragen werde. Mehrfach schon, so zuletzt beim Entscheid von Zurzibiet/Regio zur Mitgliedschaft in der IG Nord, erkenne man keinen gemeinsamen Geist, keine Solidarität.

Intensiv und lange wurde im Schulhaus «Chilewis» dann über die Wasser- und Abwasserfrage diskutiert. Es ging um Gebühren, aber nicht nur. Es ging auch um die Frage zur Zukunft des Fisibacher Leitungsnetzes. Man stehe allein da, so ein Einwohner, sei mit keinem Verbund verknüpft und er zweifle daran, dass man den heute tiefen Wasserpreis halten könne. In Zukunft kämen da gewaltige Herausforderungen auf Fisibach zu. Zudem sei seiner Meinung nach nicht sicher, dass der heute für Fisibach sehr günstige Abwasservertrag mit Kaiserstuhl – das Fisibacher Abwasser wird über Kaiserstuhler Grund nach Hohentengen in die ARA geführt – auch mit der neuen Gemeinde bestehen bleibe. Eine ganz

eindeutige und sichere Antwort gab es dazu nicht. Es wurde betont, dass Verträge durch die neue Gemeinde übernommen werden, es könne aber schon sein, dass man neu aushandeln müsse.

Generell teilten aber nicht alle diese hinterfragenden Voten zum Fisibacher Leitungsnetz. Sie betonten, dass erstens die anderen Gemeinden wohl ähnliche Probleme hätten und dass doch sehr unwahrscheinlich sei, dass Fisibach auf einen Schlag mit Problemen konfrontiert würde. Analysen hätten gezeigt, dass das Leitungsnetz intakt und genügend sei.

Lehmgrube als Sicherheit

Gegen Ende der Veranstaltung kam die versammelte Menge auf die Lehmgrube zu sprechen. Es wurde deutlich hervorgehoben, dass allfällige Einnahmen, die heute und in Zukunft für die Ortsbürger und Einwohner zu erwarten sind, dass diese in Zukunft nicht mehr direkt den Fisibachern sondern allen Ortsbürgern respektive Einwohnern der Grossgemeinde zugute kämen. Es wurde betont, dass die heutige Lösung doch gut sei und dass die Lehmgrube schon immer eine zuverlässige Ader gewesen sei für die Fisibacher, das werde auch in Zukunft so bleiben. Und sollten die Finanzen in der Einwohnergemeinde einmal knapp werden, so ein Ortsbürger, würden die Ortsbürger wie auch schon in der Vergangenheit, den Einwohnern doch zur Seite stehen.

Obschon alle eingestanden, dass die Situation der Verwaltung heute nicht befriedigend und anspruchsvoll sei, glaubte eine Mehrheit im Saal an eine vielversprechende und aus finanzieller Sicht machbare Zukunft in der Eigenständigkeit. «Wenn wir jetzt die Autonomie abgeben, dann ist es definitiv. Für immer. Dann sind wir Bittsteller», hiess es aus der Runde. Und einer ergänzte: «Nur die dümmsten Rindviecher gehen freiwillig zum Metzger.»

Botschaft-Inserate

Telefon 056 269 25 00
inserate@buerliag.ch

